richten, ist das Verhalten der Regierungen diesem Orden gegenüber im allgemeinen ein ziemlich zuverlässiger Gradmesser für das Maß an religiöser Freiheit, das in einem Lande gewährt oder nicht gewährt wird. Aus diesem Grunde ist die Übersicht über die Schicksale des Ordens aufschlußreich, die "Canisius", das Mitteilungsblatt aus der Gesellschaft Jesu (für die Freunde und Gönner des Ordens als Manuskript gedruckt, Köln, Stolzestraße 1a), in seiner ersten Folge, Heft 3 (S. 8 ff.) zum erstenmal gibt. Die Ordensprovinzen Böhmen und Ungarn sowie die Vizeprovinzen Litauen, Rumänien, Slowakei wurden gewaltsam unterdrückt, die Häuser des Ordens vom Staat enteignet, die Mitglieder teils ins Gefängnis geworfen, teils in Lager und Häuser eingesperrt. In den polnischen Provinzen und der kroatischen Vizeprovinz sind zahlreiche Ordensangehörige im Gefängnis, die übrigen werden mehr und mehr von jeder Tätigkeit abgeschnürt. In Ungarn fielen dem Klostersturm am 9. Juni 1950 fünf Ordenshäuser zum Opfer, am 19. Juni wurden die noch übrigen Häuser mit Ausnahme von vier kleinen Niederlassungen besetzt und gewaltsam geräumt. Die Vertriebenen wurden auf andere Klöster verteilt und stehen unter Polizeiaufsicht. Den böhmischen Provinzial brachte man mit sieben anderen Ordensangehörigen ins Gefängnis, die übrigen wurden interniert, als Fabrikarbeiter verschickt und im Straßenbau eingesetzt. Wer im wehrfähigen Alter stand, kam in Militärlager; die Novizen wurden in marxistische Schulungskurse befohlen, dann in den Arbeitsdienst gesteckt oder in ihre Familien geschickt. Ähnlich machte man es in der Slowakei, wo die Vertreibung am 14. April 1950 begann. Da der Ordensnachwuchs aber im Arbeitsdienst, trotz vorhergehender marxistischer Umschulung, die Arbeitskameraden durch seine Haltung zu "verderben" drohte, zog man die jungen Leute zurück und verbrachte sie an einen unbekannten Ort, wo ihnen die Vergünstigung, arbeiten zu dürfen, entzogen wurde. Keiner der Ordensangehörigen folgte der Aufforderung, aus dem Orden auszutreten und so der Haft zu entgehen.

Theologische Ausbildung hinter dem Eisernen Vorhang. Wie der Okumenische Pressedienst meldet (18. Jg. Nr. 10, 9. März 1951), befinden sich an der geistlichen Akademie und am theologischen Seminar in Moskau augenblicklich 184 Studierende der Theologie; in Leningrad sind es 172. In einer Ansprache, die der Metropolit Gregorij vor den Lehrern und Schülern der Anstalt in Leningrad hielt, sagte er u. a.: "Durch den Eintritt in unsere Schule habt ihr zum Ausdruck gebracht, daß ihr Christus dienen, das Licht der christlichen Unterweisung in die Volksmassen tragen und sie in der Kirche betreuen wollt." Eine solche Aufgabe verlangt, wie der Patriarch Alexis schon am 6. Dezember 1949 in einer Ansprache vor der gleichen Akademie erklärte (Russie et Chrétienté 1950, Nr.3/4), daß der Priester ein Mann des Gebetes und apostolischen Eifers sei, der sein ganzes Leben in den Dienst der ihm von der Kirche anvertrauten Herde stelle. Unbegreiflich freilich ist dem außenstehenden Beobachter ein Wort des gleichen Patriarchen, das er anläßlich der Geburtstagsfeier Stalins sagte: "An ihm besitze unsere heilige Kirche einen zuverlässigen Beschützer."

Sehr beachtlich ist, daß die evangelische Kirchliche Hochschule in Berlin-Zehlendorf, die "einzige derartige Lehranstalt für den Raum von Berlin und der Demokratischen Republik", augenblicklich 419 Studierende zählt und damit die viertgrößte theologische Lehranstalt Deutschlands überhaupt ist. Da sie ihren "Ursprung in dem Kampf der Bekennenden Kirche um die rechte Verkündigung des Evangeliums" hat, darf man annehmen, daß sie ihre Studierenden zu Männern heranbildet, die vor keiner Drohung und Gefahr zurückweichen.

Orthodoxie und Stalin. Die eben erwähnte Äußerung des Patriarchen Alexis wird vielleicht etwas verständlicher, wenn man sie neben das Glückwunschtelegramm hält, das "Seine Heiligkeit Kallistratos, orthodoxer Katholikos und Patriarch von ganz Georgien", Stalin zum siebzigsten Geburtstag gesandt hat. Es heißt darin u. a.:

"In den ersten 70 Jahren Ihres Lebens haben Sie . . . die Gebote des Evangeliums von der Bruderliebe, von der Einigkeit und Freiheit auf der ganzen Welt in den Herzen der arbeitenden Menschheit befestigt . . . Wir hoffen, daß schon gleich zu Beginn der zweiten 70 Jahre Ihres Lebens (!) den Feinden der Wahrheit und Gerechtigkeit die Augen aufgehen, daß diese zu Ihnen sprechen werden: Recht hast Du, weisester Josef, und gerecht sind Deine Gerichte! Lehre doch auch uns, wie wir in Frieden mit unsern Brüdern leben können, die wir seit jeher nur beleidigt und gedemütigt haben." (Amtsblatt des Moskauer Patriarchats, Januar 1950.) Der oberste Kirchenfürst der orthodoxen Kirche in Georgien, die seit Jahrzehnten verfolgt und an der Predigt des Evangeliums verhindert wird, stellt also Stalin seinen Gläubigen als Vorbild christlicher Vollkommenheit hin; auf den Papst dagegen wendet er im gleichen Zusammenhang die Worte des Evangeliums an: "Hütet euch vor den falschen Propheten!"

Kalenderreform. Schon 1937 hatte sich der Rat des damaligen Völkerbundes mit dem Vorschlag einer radikalen Kalenderreform im Sinn eines "ewigen Kalenders" (mit Einschub eines "Nulltages" usw.) zu befassen; heute machen sich ähnliche Bestrebungen auch in den "Vereinten Nationen" bemerkbar. Mit ihnen setzt sich ein Aufsatz von J. Pizzoni in den "Ephemerides Liturgicae" (Bd. 64, Heft 4) auseinander, der auch vom Osservatore Romano übernommen wurde (Nr. 19/20 vom 25./26. Januar 1951). Der Verfasser wendet sich vor allem gegen die Unterbrechung des seit Jahrtausenden geheiligten Wochenrhythmus durch einen "Nulltag" und die Einebnung jedweder Abwechslung im Kalender zugunsten einer völlig starren "ewigen" Zeitrechnung. In dieser Zeitschrift wurde schon mehrmals zum Kalenderproblem Stellung genommen (vgl. Bd. 106, S. 148; 108, S. 318; 124, S. 416; 133, S. 266). In dem zuletzt erwähnten Beitrag sind die Punkte zitiert, die die Niederländische Regierung zu dem oben genannten Völkerbundsentwurf äußerte und von denen wohl auch die katholische Weltkirche nicht abgehen wird, besonders was Punkt 3 und 4 anbelangt: 1. Der Gregorianische Kalender soll beibehalten werden. 2. Kleine Änderungen (z. B. in der Länge der Monate, Versetzung des Schalttags) sind annehmbar. 3. Das Prinzip des Nulltags ist abzulehnen. 4. Die Aufteilung des Jahres in 13 Monate ist jedenfalls unannehmbar. 5. Die Festsetzung des Osterdatums zwischen dem 8. und 15. April ist empfehlenswert.

Daß es auch andere, weniger radikale und doch völlig ausreichende Lösungsmöglichkeiten für die Kalenderfrage gibt, in der nun einmal die wirtschaftlichen Belange nicht die allein maßgebenden sind, beweist nicht nur der an der gleichen Stelle (Bd. 133, Januar 1938) zustimmend erwähnte "Allgemeine Neukalender" von J. B. Achatz, sondern auch der ebenfalls hier (Bd. 143, März 1949) mitgeteilte Vorschlag eines Kalenders auf der Grundlage eines kosmischen Zeitkanons von W. Röhrig. Schon 1938 zeigte sich bei der Umfrage über den geplanten "starren" Kalender die größte Uneinigkeit unter den befragten 69 Staaten: Nur 10 waren dafür, 5 entschieden dagegen, die übrigen hatten entweder nichts zu bemerken oder verschoben die Entscheidung oder gaben überhaupt keine Antwort, bis der Krieg die ganze Debatte beendete. So wird man die Befürchtung Pizzonis teilen, daß bei einer vorschnellen Durchführung einer radikalen Kalenderreform auch diesmal das Endergebnis nicht eine Einigung sein werde, sondern weit eher das Auseinanderfallen der Menschheit in drei verschiedene Berechnungsarten: den Julianischen, Gregorianischen und den "neuen" Kalender. Er schließt mit dem Satz: "Die völlige Unbeweglichkeit des Kalenders ist nicht das vordringlichste Problem für das Glück der Völker. Es gibt andere, weit wichtigere Fragen, deren gerechte Lösung die geistige und materielle Wohlfahrt zusammen mit dem Frieden in den Nationen befördern würde."